

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 13. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Rätekongreß am 8. April.

Kundgebungen des Zentralrats.

An die preussische Nationalversammlung. — Rätekongreß am 8. April.

Der Zentralrat richtete folgende Kundgebung an die Preussische Landesnationalversammlung:

Der erste Rätekongreß hat dem Zentralrat auch die Kontrolle der Preussischen Regierung bis zur anderweitigen Regelung durch die Preussische Landesnationalversammlung übertragen.

Seine Stellung als oberster Instanz der bestehenden Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bleibt davon unberührt; eine Entscheidung hierüber kann nur der bevorstehende zweite Rätekongreß fällen.

Der Zentralrat hat ferner folgende Bekanntmachung an alle Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands gerichtet:

Die schwierigen Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse in der ganzen Republik, die Streiks der letzten Zeit und die damit verbundenen politischen Schwierigkeiten machen es einem Teil der deutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte unmöglich, die für den Kongreß angeordneten Neuwahlen bis zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt durchzuführen.

Der Kongreß wird nunmehr auf Dienstag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, in den Sitzungslokal des ehemaligen preussischen Herrenhauses, Berlin, Leipziger Straße, versetzt.

Die in den Richtlinien des Zentralrats vorgesehenen Wahltermine erfahren demgemäß die entsprechende Verschiebung.

Oesterreichs Zusammenschluß mit dem Reiche

Annahme der Vorschläge durch die Nationalversammlung.

Wien, 12. März. In der zweiten Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung gab unter wiederholtem lebhaften Beifall des Hauses Staatssekretär für Reichsangelegenheiten Dr. Bauer eingehende Ausführungen über eine Besprechung in Weimar und in Berlin und erklärte: Die Unterredungen, die er mit dem reichsdeutschen Reichspräsidenten, mit den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung sowie mit Parlamentariern aller Parteien hatte, befestigten ihn in der Ueberzeugung, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei über den Anschluß mit Oesterreich völlig einig sei.

Die Kämpfe mit den Polen.

Grenzverletzungen an der oberschlesischen Grenze.

Berlin, 12. März. An der Grenze zwischen Oberschlesien und Kongarepoleon kam es wiederholt zu Grenzverletzungen durch die Polen. So wurde östlich Laurabütte ein deutscher Posten durch die Polen, vorübergehend zurückgedrängt. An verschiedenen Stellen der Grenze beschossen die Polen deutsche Postierungen.

An der Ost- und Nordfront von Bissa und bei Hagen mußten polnische Streifen abgeschlagen werden. Zwei Polen wurden gefangen genommen.

Die vermehrte Geschäftstätigkeit der Polen an der Regelfront hielt auch gestern an.

Wir waren gezwungen, stärkere polnische Patrouillenvorstöße bei Paulsfolonie, Bodanin, Margonin, an der Regelfront südlich Kafel und bei Jolefina teilweise mit Artillerie und Mörserwerfern abzuwehren. Ein feindlicher Angriff gegen Lohomigow westlich Bromberg wurde durch Gegenstoß abgewiesen. Ein polnischer Patrouillenvorstoß bei Murawaniec nordöstlich Regwalde kostete uns einen Toten und drei Verwundete.

Im Baltikum wurde nordöstlich Janow ein feindlicher Angriff abgeschlagen. Nordwestlich Schaulen haben wir Kurfjanj und Marthynischli besetzt.

Berlin, 11. März. Nach dem Ergebnis der neuerlichen Waffenstillstandsverhandlungen liegt die sogenannte Demarkationslinie gegen das von den Polen besetzte Gebiet südlich der Bahnstrecke Schneidemühl - Kafel - Bromberg, der Verkehr auf dieser Bahnlinie soll nach den Abmachungen nicht behindert werden. Entgegen der übernommenen Verpflichtung, Waffenruhe zu halten, und entgegen der Zusage, den Bahnverkehr Schneidemühl - Bromberg nicht zu stören, hat am 9. März polnische Artillerie ohne irgendwelche Herausforderung deutscherseits die Bahnstrecke Kafel, darauf verkehrende Züge und den Bahnhof Kafel wiederholt beschossen. Durch einen Granatplitter ist ein Eisenbahnbeamter getötet worden. Der Bahnhof Kafel hat Beschädigungen erlitten. Der Personenverkehr der Strecke mußte umgeleitet werden.

Heute soll trotzdem versucht werden, ihn wieder aufzunehmen.

Die Spaltung Rußlands.

Die Ukraine gegen Zusammengehen mit den Polen.

Kiew, 10. März. Wie ein Funkpruch aus Kiew meldet, hat die Sowjetregierung der Ukraine in einem Ruf an die Soldaten des Direktoriums und an die gallischen Truppen gegen das Uebereinkommen des Direktoriums mit der Entente und Polen protestiert, da es gegen die Interessen der arbeitenden Klassen gerichtet sei.

Der gleiche Funkpruch meldet aus Kiew, daß der Personen- und Güterverkehr auf der Strecke Kiew - Jostow - Sobrinolaja und Kiew - Korostej eröffnet worden sei. Das Direktorium der Ukraine soll seinen Sitz in Stanislaw genommen haben.

Vertagung der Nationalversammlung.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beschloß in seiner gestrigen Sitzung, dem Hause vorzuschlagen, nach Verabschiedung des Sozialisierungs- und des Kohlengesetzes am Donnerstag, den 14. März, die Sitzungen bis zum Dienstag, den 25. d. Mts., zu vertagen. Damit wird den in Betracht kommenden Regierungsmitgliedern die Möglichkeit gegeben, an der Tagung der Preussischen Nationalversammlung teilzunehmen. Bis zum Wiederzusammentritt wird der Notetat mit den Steuervorlagen fertiggestellt sein und zur Beratung kommen können. Der Verfassungsausschuß soll während der Pause weiter tagen und womöglich seine Arbeiten abschließen. Die mit der Prüfung der Verordnungen beauftragten Ausschüsse werden ihre Tätigkeit ebenfalls während der Pause fortsetzen.

Zur Lebensmittelfrage.

300 000 Tonnen monatlich für Europa.

London, 12. März. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt von der amerikanischen Friedenskommission, daß zur Versorgung Europas 300 000 Tonnen Lebensmittel notwendig seien. Diese Lebensmittel werden zuerst hauptsächlich aus Weizen und Fleisch bestehen. Der größte Teil davon kommt aus den Nordweststaaten Amerikas. Der Oberste Wirtschaftsrat wird alles nur Mögliche tun, um Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen, aber es wird ihm bei der Lebensmittelversorgung kein Vortrang eingeräumt werden.

Amsterdam, 12. März. Nach einer ausführlicheren Neuterklärung aus Paris sagte Vanling in seiner bereits kurz telegraphierten Erklärung an die Presse u. a.: Wir müssen die Verhältnisse, die zur sozialen Unruhe führten, ändern und versuchen, Deutschland wieder zu einem normalen Leben zurückzubringen. Was Deutschland braucht, läßt sich in zwei Worten fassen: Frieden und Lebensmittel. Um Deutschland zu ermöglichen, der Anarchie und dem häßlichen Despotismus des roten Terror Widerstand zu leisten, muß man ihm Lebensmittel geben und ihm gestatten, diese Lebensmittel zu verdienen. Das normale Leben muß durch den Friedensvertrag wieder hergestellt werden. Das muß nicht aus Mitleid für das deutsche Volk geschehen, aber es muß unverzüglich getan werden, da wir, die Sieger in diesem Kriege, die Hauptleidtragenden sein würden, wenn dies nicht geschehe. Man kann so viel Schadenersatz verlangen, wie man will, und darauf bestehen, so lange wie man will, wenn das deutsche Volk kein Material für seine Industrien und keine Gelegenheiten erhält, die Erzeugnisse seiner Arbeit auf fremden Märkten abzusetzen, und wenn die Arbeiter keine Lebensmittel haben, dann kann Deutschland für die von ihm begangenen Uebelthaten nicht zahlen. Außerdem wird es, wenn der jetzige chaotische Zustand fort dauert, weder eine verantwortliche Regierung geben, die Frieden schließen kann, noch eine Regierung, die facl genug ist, um die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen.

Deutsche Gemeinwirtschaft.

Vom Reichswirtschaftsminister R. Wissell.

In programmatischer Weise hat die Regierung in ihrem Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzes zur Regelung der deutschen Kohlenwirtschaft zu den die Arbeiterschaft bewegenden großen wirtschaftlichen Fragen Stellung genommen. Gesetze solcher Art — auch wenn sie nur kurz sind — lassen sich nicht von heute auf morgen schaffen. Die gesetzgeberische Regelung einer solchen Materie stößt auf große Schwierigkeiten; denn je tiefer man in die Bearbeitung hineinsteigt, desto mehr Einzelfragen tauchen auch auf, die geklärt und beantwortet werden wollen. In einer ganzen Reihe von programmatischen Erklärungen hat die Regierung seit Ausbruch der Revolution verkündet, daß sie auch auf wirtschaftlichem Gebiete den Bedürfnissen der Zeit Rechnung tragen werde. Dem stürmischen Drängen des Volkes dauerte die Zeit zu lange. Es wurde ungeduldig, und Zweifel tauchten auf, ob die Erklärungen der Regierung auch ernst gemeint seien. Und diese Zweifel wurden von gewisser Seite aus bestimmten politischen Gründen bewußt geschürt und genährt.

Die Regierung entspricht dem in den breiten Massen des werktätigen Volkes geradezu stürmisch emporgeloberten Verlangen nach Sozialisierung restlos. Damit trägt sie den seelischen Stimmungen der Arbeiterschaft Rechnung und schafft die Voraussetzungen, die Massen der Bevölkerung wieder mit neuer Arbeitsfreudigkeit zu erfüllen.

Das erste der beiden Gesetze stellt gewissermaßen eine vorweggenommene wirtschaftliche Verfassung dar. Die wesentlichsten Punkte dieses Gesetzes würden Bestandteile einer sozialistischen Verfassung sein müssen.

Gemeinwirtschaft und Selbstverwaltung sind die beiden Gedanken, die in diesem Gesetz verankert sind.

An erster Stelle wird die sittliche Pflicht, die lebendige Arbeitskraft des Menschen um seiner selbst willen und des Gemeinwohls zu betätigen, betont. Aus der Pflicht zur Arbeit ergab sich naturgemäß das Recht auf Arbeit, und die weitere Pflicht der Besonnenheit, sich den zu sorgen, der trotz guten Willens keine Arbeit finden kann.

Aus der allgemeinen Wirtschaft hebt der Entwurf die Wirtschaft der Bodenschätze und der Naturkräfte besonders hervor, weil in diesem die Grundlage der gesamten Wirtschaft ruht und die Einzelgesetzgebung in erster Linie diese Gebiete bearbeiten soll. Diese Güter und für die Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zu regeln, ist durch die Regierungsvorlage der Reichsgesetzgebung vorbehalten.

Als Sachwalter der Allgemeinheit werden die an dem betreffenden Wirtschaftszweig unmittelbar beteiligten Kreise zur Verwaltung herangezogen. Neben dem Erzeuger und Händler tritt mitbestimmend der Verbraucher. Es ist unverkennbar, daß die mit der Gemeinwirtschaft verbundene Zentralisation die Gefahr der Bürokratie in sich birgt und das Aufhören des Wettbewerbs zur Folge hat. Damit wird die Feinfähigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Anpassungsfähigkeit vermindert und der stärkste Ansporn zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt abgestumpft. Darunter leidet dann das wirtschaftliche Ergebnis. Durch die unter Reichsaufsicht stehende Selbstverwaltung der beteiligten Kreise wird dieser Gefahr entgegen gewirkt.

Die durch die Regierungsvorlage angebotene deutsche Gemeinwirtschaft will der Wirtschaft neue wirtschaftliche, sozialpolitische und finanzpolitische Leben. Wirtschaftlich soll bei Gewinnung, Verteilung und Verwertung der Erzeugnisse jeder unnötige Aufwand an Kapital und Arbeit vermieden werden. Auf sozialpolitischem Gebiet soll an Stelle der alleinigen Berechtigung und Verantwortlichkeit der Unternehmer Recht und Pflicht der Allgemeinheit treten. Auch der Arbeiter soll in allen wirtschaftlichen Fragen gehört werden. Er soll in der Zentralstelle der Selbstverwaltungsförderung der deutschen Gemeinwirtschaft in gleicher Zahl dem Unternehmer an die Seite treten. Die Arbeiter sollen nicht nur die größtmögliche Förderung ihrer Berufsinteressen finden, sondern darüber hinaus auch Einfluß auf den Wirtschaftszweig ausüben, an dem sie mitarbeiten. Beides soll nur seine Grenze an dem Gesamtergebnis der deutschen Volkswirtschaft finden. Die für das Reich bedeutungsvollen finanzpolitischen Gesichtspunkte brauchen hier nicht besonders betont zu werden.

Das Ziel der deutschen Gemeinwirtschaft, von dessen Erreichung die Erfüllung aller sonstigen Wünsche abhängig ist, ist die Beibehaltung und mögliche Steigerung der Wirtschaftlichkeit.

Der Bürgerkrieg beendet?

Berlin O. und Lichtenberg besetzt.

Gegen Mittag wurde von sämtlichen Truppen der Vormarsch konzentriert begonnen, sowohl von der Frankfurter Allee aus, wie auch von der Warschauer Straße, dem Zentral-Viehhof, von Kummelsburg und Karlsdorf. Die Besetzung des Berliner Ostens und Lichtenbergs ging in verhältnismäßig kurzer Zeit vor sich. Artillerie trat nur in sehr geringem Umfange in Aktion. Viele Panzerautos sowie einige Tanks wirkten mit. Die bisherigen Einstellungen der Spartakisten waren verlassen. Offener Widerstand wurde an keiner Stelle mehr geleistet. Dagegen traten sehr viele Dachschützen in Aktion. Durchsuchungen im größten Kohlenhof wurden daher sofort vorgenommen, eine größere Zahl Spartakisten festgenommen. Bis zum Spätnachmittag haben bereits verschiedene handwaffentliche Erschießungen stattgefunden. Es wird allerorts noch geschossen, doch nimmt man an, daß es sich nur noch um ein letztes Auflauern des Aufstandes handelt.

Die Verwüstungen im östlichen Berlin sind außerordentlich groß, besonders der unteren Frankfurter Straße, am Frankfurter Tor, sowie in der Frankfurter Allee an der Tilsiter Straße. In der Warschauer und Jorndorfer Straße sind ebenfalls zahlreiche Artillerietreffer festzustellen. Eine Schule in der Rigauer Straße ist außerordentlich schwer beschädigt. Die Spartakisten hatten in den letzten Tagen mit kleinen Minenwerfern außerordentlich lebhaft geteuert. Die Augenzeugen berichten, wärend in der Gegend der Warschauer Straße und Frankfurter Allee auf spartakistischer Seite dauernd fünf Minenwerfer in Tätigkeit. Hierdurch ist mindestens ein ebenso großer Schaden angerichtet, wie durch die Regimentsartillerie. Zurzeit ist in Berlin nicht genug Glas vorhanden, um die zerstückelten Scheiben und Firmenschilder wieder herzustellen. Die Besuche des gestrigen Mittwachs waren anscheinend gering. Besonders unter der unbeteiligten Bevölkerung dürften keine nennenswerten Verluste mehr eingetreten sein.

Die Besetzung der östlichen Stadtviertel, die nunmehr vollzogen ist, wird notwendigerweise eine scharfe Durchsuchung dieser Gegend nach sich ziehen. Dies kann selbstverständlich nicht innerhalb einiger Stunden erfolgen. Man muß deshalb mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß einige Tage noch vergehen werden, bis völlig normale Zustände wieder hergestellt werden und die Sperre sich als überflüssig erweist.

Eine Durchführung des Straßenbahnverkehrs nach dem Osten kann wahrscheinlich in nächster Zeit nicht erfolgen, da die Stromzuführungen zum größten Teil gerümmt sind. Die Reparaturarbeiten dürften geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Die P. P. A. berichten: Es gelang verhältnismäßig ohne große Opfer, den Widerstand der Spartakisten zu brechen und Lichtenberg zu besetzen. In größeren Kämpfen ist es in der Gegend des Stadtparks gelungen. Dem Vormarsch der Regierungstruppen boten sich eigentlich nur geringere Widerstände in der Warschauer Straße, wo sich Spartakisten in Häusern eingekerkert hatten und die Truppen unter Maschinengewehrfeuer nahmen. Die Absperrungsmaßnahmen werden sehr scharf gehandhabt, und nur im Besitze eines gültigen Ausweises Befindliche dürfen die Postenlinie in Lichtenberg passieren.

BBW meldet: „Vor der Truppen zum Angriff gegen die Barrikaden der Frankfurter Allee übergingen, bahnte sich ein mit Offizieren des Divisionsstabes besetztes ungepanzertes Personenauto unter Führung des Rittmeisters von Armin kämpfend den Weg bis zur ersten Barrikade, die sofort von den Offizieren und zwei Begleitern gestürmt wurde, wobei fünf schwere Maschinengewehre in die Hände der Anzeiger fielen. Die Spartakisten fielen unter Hinterlassung eines Toten. Derselbe Straßenzugbesatzung fuhr dann, noch von allen Seiten beschossen, die Frankfurter Allee weiter, ließ auf dem Bürgersteig, teils auf den Anlagen und stellte die Verbindung mit den an der Warschauer Straße vordringenden Truppen her, die zunächst das gestülzte Wagenschild nicht für möglich halten wollten.“

Oberbürgermeister Jethen-Lichtenberg

erklärte einem Berichterstatter: Die Nachrichten von der Ermordung der Lichtenberger Polizeibeamten sind nicht zutreffend. Wenn

behauptet wird, daß 60 oder 70 erschossen worden seien, so spricht dagegen allein schon die Tatsache, daß an dem fraglichen Tage im ganzen nur etwa 40 bis 50 Beamte im Präsidium gewesen sind. Im ganzen sind fünf Beamte getötet und es steht nicht fest, ob man diese bedauerlicherweise Männer an die Wand gestellt hat oder ob sie bei den vorhergegangenen Kämpfen gefallen sind. Es sind zwar Beamte von den Spartakisten fortgeschleppt worden, doch hat man sie später wieder laufen lassen. Augenblicklich besetzt keine Polizeibehörde in Lichtenberg, da der Polizeipräsident nicht anwesend ist und die Beamten nicht zum Dienst kommen konnten. Auf die Frage, aus welchen Elementen sich die „Verteidiger Lichtenbergs“ zusammengesetzt haben, erwiderte der Oberbürgermeister: „Von den Leuten, die den Kutich in Berlin inszeniert haben, den Rattosen und der A. S. W., sah man nur sehr wenig. In Lichtenberg hatte sich

hauptsächlich Weisheit bewaffnet

und halbwüchsige Burschen. Diese Elemente haben unübersehbaren Schaden angerichtet, indem sie auf dem Güterbahnhof Hunderte von Waggons plünderten, die mit Lebensmittel für den Grenzschutz im Osten abgehen sollten.“ Dann kam der Oberbürgermeister auf seine Tätigkeit als

Bermitter zwischen Kasse und den Aufständischen

zu sprechen: „Vorgestern erschien in meiner Wohnung Mitglieder des Berliner Volksrates unter Führung des Herrn Probst und eklärten mir, daß sie sich mit Minister Kasse in Verbindung gesetzt hätten, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Da keine Sicherheitsbehörde in Lichtenberg existiere, die zurzeit die Ordnung aufrecht erhalten könne, so hätten sie Kasse den Vorschlag gemacht, auf allen Straßen der Lichtenberger Bevölkerung eine Sicherheitswehr zu bilden. Kasse erklärte jedoch, daß er dazu nur seine Einwilligung geben könne, wenn ich als Bürgermeister die nötigen Garantien dafür geben könne, daß von den Spartakisten alle Waffen abgeliefert würden. Diese Forderung konnte ich selbstverständlich nicht geben. Schließlich beschloß ich mich mit den Herren des Volksrates zu den Führern der Spartakisten und wir wurden nach Berlin geleitet, wo ich mich telefonisch mit dem Minister in Verbindung setzte. Dabei erfuhr ich, daß die Unterredung zwischen Herrn Kasse und den Volksratsmitgliedern sich alle Dinge etwas anders abgespielt hat, als mir dargestellt worden war. Herr Kasse fragte auch mich, ob ich dafür garantieren könne, daß die Spartakisten die Waffen wirklich abgelieferten. Ein derartiges Versprechen konnte ich nicht geben. Die Bürgerwehr sollte für den Fall eintreten, daß die Truppen nicht einrückten und ein Waffenstillstand abgeschlossen werden würde.“

Ueber die Lichtenberger Geschosse

verbreitet die Garde-Schützen-Kavallerie-Division eine Anzahl Neugeneroskollen, denen wir folgendes entnehmen:

Ein Geschütz: Wir wurden gezwungen, in das frühere Werkkommunikations-Depot zu fahren. Hier wurden wir unter schweren Mißhandlungen vom Wagen gerissen und die meisten ausgeschändert. Die Wolltaschen wurden weggeworfen und uns erklärt: ein Kollenausweis genüge als Totenschein. Der größte Teil der Spartakisten setzte sich aus besetzten Verbrechern zusammen, die sich stark mit ihren Judenhäusern beschäftigten. Nur wenige Arbeiter waren dabei, die ohne Waffen dem Treiben machtlos zusahen. Während wir oben festsaßen, hörten wir andauernd Schüsse und die Todeschreie der Opfer. Die Posten verkündeten immer triumphierend: Jetzt ist wieder so ein Was, Lump, Salunke heruntergeknallt worden. Eine Kugel ist noch viel zu schade für Euch, man müßte Euch zu Hackepeter machen. Ich versuchte gegen 4 Uhr zu entfliehen und gelangte auf den Hof. Es sollten ungefähr 18 Artilleristen erschossen werden. Die Leute wählten sich in ihrer Todesangst mit übermenschlichen Kräften, aber fünf bis sechs Spartakisten hielten immer einen fest, während ein Sechster ihn direkt durch die Stirn schoß. Vorher wurden sie noch grausig mit Messern mißhandelt, einige bluteten noch aus Stichen am ganzen Körper. Anderen waren die Finger abgeschnitten worden, alle 18 wurden dann erschossen.

Herr B. S. erklärt: Sonnabend gegen 8.30 Uhr abends kam ein Krawalltrupp auf der Falkenbergstraße angetreten. Ein etwa 16jähriger Bursche warf ihm einen Knüttel in das Vorderrad, so daß er zu Boden stürzte. Er hob sich erheben konnte, war ein tausend Männer und Weiber über ihn her und bearbeitete ihn mit Knütteln und Fuhrzritten, so daß nach vielleicht zwei Minuten nur noch eine formlose blutende Masse übrig war. — In der Lichtenberger Straße brandeten Menschen einen Soldaten angeführt. Mantel und Rock wurden ihm bei der Unter-

suchung fortgenommen. Die Begleiter schlugen auf ihn ein und ließen ihn dann laufen. Als er einige Schritte fort war, warf man ihm Handgranaten nach, durch die er sofort getötet wurde.

Kaufmann Stephan M. erklärt: Am Freitag gegen Abend fand ich beim „Schwarzen Adler“ einige erschossene Soldaten. Unter ihnen wurde ein weiterer Soldat tot herangeschleppt und zu den anderen Leuten geworfen. Gleich darauf brachte ein Trupp von etwa 20 bewaffneten und unbewaffneten Leuten einen weiteren jungen Soldaten angeführt, der Böbel rief, auch er sollte erschossen werden. Man führte ihn zur Ringbahn, gleich darauf hörte ich mehrere Schüsse und das Publikum sagte, jetzt wäre er auch hin.

Musketier G. rief an: Am 8. März wurden im Hauptdepot gefangene Kriminalbeamte erst beschimpft und ermordet, die in Güte auf die Spartakisten eintraten, furchterlich durch Kopfschuß getötet. Später forderten die Spartakisten, welche die Gefangenen einbrachten, die Herausgabe eines bestimmten Beamten. Ein Spartakist begründete diese Forderung damit, daß er wegen dieses Beamten 7 Jahre gefangen hätte. Die Beamten wurden auf den Hof geführt. Dort wurden immer drei Mann mit zusammengebundenen Händen auf ein Balkenbrett gestellt und heruntergeschossen. Wir sahen, wie auf diese Weise fünf Beamte erschossen wurden. Von den Führern in Offiziersuniform ohne Kaskette und den Posten erfuhr wir eine unfähige Verhandlung. Die Posten schütten uns vor dem Böbel, der sich aus den Fenstern der umliegenden Straßen zusammenschleifte. Ein eingeleiteter Kraftfahrer, der sich nicht ausweisen konnte, wurde von vier Mann festgehalten und durch einen fünften mittels Kopfschuß getötet. Ein Offizier vom Reg. Reinhardt, der mit acht Mann gefangen genommen war, wurde erst so lange mißhandelt bis er hinfiel und dann erschossen.

Die Zuschriften

die uns mit lebhaften Beschwerden gegen das Vorgehen der Regierungstruppen zugehen, übersenden wir täglich ohne die Namens- und Adressenangabe dem Oberkommando zur Untersuchung. Diese kann durch Veröffentlichungen in der Presse natürlich nicht ersetzt werden.

Oberbürgermeister Vermuth

hat, wie wir nachträglich hören, aus tiefster Sorge um das Schicksal dieser tausend friedlicher Familien und um die gefährdeten Stadtteile, als jede Stunde immer neue blutige Ereignisse laut, ausgangs voriger Woche Veranlassung genommen, mit der zuständigen Regierungsstelle eine Besprechung zu suchen. Die Bewohner unserer Stadt können versichert sein, daß nichts unterblieben ist und unterbleibt um die Abwehr so zu gestalten, wie es die Fürsorge für Gut und Blut der Bürgerschaft erfordert.

Im alten Zentrum

der Stadt ist jetzt überall Ruhe eingetreten. Trotzdem sind noch viele Straßen und Weiden, hauptsächlich die Zugänge nach dem Schloß und Marzahn, abgesperrt. In dem Hofhaus vorbei, das noch die Spuren der Panzerkämpfe zeigt, gelangt man ohne Schwierigkeiten zum Spittelmarkt, dessen Pflaster noch vor zwei Tagen mit Lebensgefahr verbunden war. Die Leipziger Straße zeigt dort ihr altes Bild. Die Menschen freuen sich, daß sie wieder mit der Straßenbahn fahren können. Nur die Bewohner des Ostens sind noch immer die Leidtragenden. Die Bahnen fahren, außer den beiden Linien nach Treptow, nur bis zum Spittelmarkt, da die Gervandendbrücke, Mühlendamm, Köpenicker Markt und Alexanderplatz noch immer gesperrt und die Verbindungen zerstückelt sind. Am Spittelmarkt stehen mehrere Maschinengewehre, die Gervandendbrücke ist mit starkem Stacheldraht abgesperrt. Die Bewohner des Ostens, die aus den Geschäften kommen, müssen große Umwege machen, um ihr Ziel zu erreichen. Der Köpenicker Markt ist wie ausgestorben; sämtliche Geschäfte sind geschlossen. Auch in der Königstraße sieht man kein Fußwerk, die großen Kaufhäuser wie Israel, Brenninsgäher, Wertheim sind geschlossen, zahlreiche zerstückelte Schaufensterscheiben noch übrig mit Brettern verdeckt. Vor dem Rathaus lagert alarmbereit eine große Truppenmacht bei zusammengepöbeltem Gewehr. In der Mühlendammstraße steht ein Lastkraftwagen, auf dem zwei Maschinengewehre montiert sind. Überall Posten, die nach Ausweisung fragen. Am Alexanderplatz große Verwüstungen an Gebäuden und Material. In einigen Straßen sieht man schon die Gläser an der Arbeit. Hoffentlich sind in einigen Tagen die größten

31]

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Herx.

Ohne es zu wissen, hatte Stine mit einem Schläge den Lehrer und die anderen Kinder für sich gewonnen. Ganz allein hatte sie der Klasse vorgelesen, keine von den andern hatte den Mut dazu. Der Lehrer mochte sie wegen ihrer Offenherzigkeit gut leiden und ließ es eine Zeitlang durchgehen, daß sie zu spät kam. Aber eines Tages wurde es ihm doch zu viel; er bestrafte sie mit Nachsitzen; Stine begann zu weinen.

„Die Kerntiel“ sagten die anderen Mädchen. „Sie läuft den ganzen Weg! Und sie bekommt Krügel, wenn sie zu spät nach Hause kommt. Ihre Mutter sieht jeden Tag an der Gasse und wartet — die ist so streng.“

„Dann müssen wir uns mal an deine Mutter wenden,“ sagte der Lehrer. „Das kann nicht so weiter gehen!“ Stine brachte nicht nachzusitzen, bekam aber einen Zettel mit nach Hause.

Als auch das nichts fruchtete, begleitete der Lehrer sie nach Hause, um mit ihrer Mutter zu sprechen; aber Sörine lehnte alle Verantwortung ab. Wenn das Mädchen zu spät kam, so geschah das einfach deshalb, weil sie sich unterwegs herumtrieb. Stine hörte erkannt zu; sie begriff nicht, daß Mutter so lügen und dabei ein ganz unbefangenes Gesicht aufsetzen konnte.

Um sich zu retten, griff sie selbst zu einer Lüge: Jeden Morgen stellte sie heimlich die kleine Schweizer Uhr eine Viertelstunde vor. Das wirkte, insofern sie jetzt früh genug zur Schule kam; aber sie kam zu spät nach Hause.

„Du brauchst jetzt eine Viertelstunde mehr für den Weg,“ schalt die Mutter.

„Wir haben heute so spät aufgehört,“ log Stine und bemühte sich, auch eine unbefangene Miene aufzusetzen, wie sie es die Mutter hatte tun sehen, als diese log. Das Herz klopfte ihr bis zum Halse hinauf, aber es ging gut — merkwürdigerweise! Man war sie viel länger geworden! — Im Laufe des Tages stellte sie die Uhr wieder zurück.

Als sie eines Tages im Dunkeln auf einem Stuhl stand und im Begriff war, wieder das gleiche zu tun, wurde sie

von der Mutter überrascht. Stine sprang vom Stuhl hinunter und nahm schnell den kleinen Baul vom Fußboden auf, wo er herunkroch; in ihrer Angst suchte sie Deckung hinter dem Kleinen. Aber die Mutter rief ihn ihr fort und begann auf sie loszuschlagen. Stine hatte zwar hin und wieder einen Klapf bekommen, wenn sie unartig gewesen war; aber jetzt bekam sie zum erstenmal Prügel. Sie wurde ganz wild, trat und sich, biß und schrie, so daß die Mutter sie kaum in der Gewalt behielt. Die drei Kleinen schrien um die Wette mit ihr.

Als Sörine fand, daß das Mädchen genug hatte, schleifte sie sie in den Brennholzschuppen hinaus und ließ die Tür zu. „Da kannst du jetzt liegen und dich ausheilen; dann unterläßt du vielleicht ein andermal solche Narrenspotten!“ rief sie und ging ins Haus. Sie war so außer Atem, daß sie sich hinsetzen mußte; das schlechte Kind hatte ihr alle Kraft genommen.

Stine war ganz außer sich, eine Weile schrie sie und trat mit den Füßen um sich, allmählich aber nahm das Schreien ab und glitt in verweiltes Weinen über. „Großchen! Großchen!“ jammerte sie. Es war ganz finstern im Schuppen; und so oft sie nach der Großmutter rief, hörte sie einen gemüßlos schreienden Laut aus dem Dunkel im Hintergrunde des Schuppens. Zutraulich starrte sie dorthin und gewahrte zwei grüne Feuerkugeln im Dunkeln: sie kamen, verschwanden und kamen wieder. Stine konnte keine Angst im Finstern. „Wie, Wie!“ rief sie flüsternd. Die Feuerkugeln verschwanden, und im nächsten Augenblick strich etwas unglücklich Weißes über sie hin. Und nun bekam sie wieder bei dieser Liebkosung das innigste Witleid mit sich selbst. „Wie, liebe Wie!“ Da war doch ein Wesen, das sie lieb hatte! Nun wollte sie nach Hause zur Großmutter.

Sie richtete sich auf, wund und zerfälligen, und tastete sich zur Tür hin. Als Sörine fand, daß Stine lange genug eingesperrt gewesen sei, kam sie, um das Mädchen herauszulassen. Aber da war Stine verkrüppelt.

Stine lief, leise vor sich hinweisend, ins Dunkel hinaus; es war kalt und windig, der Regen schlug ihr ins Gesicht. Sie hatte keine Beinkleider an — die hatte die Mutter ihr für die kleineren Kinder weggenommen, zusammen mit der

warmen Jacke, die Großmutter ihr gestrickt hatte — der nasse Rand des Kleides schnitt ihr in die Weine, die von den Schlägen mit der Birkenrute angeschwollen waren. Aber der Regen tat gut. Auf einmal slog etwas vor ihr zur Seite auf; sie hörte den Laut von Schilf, daß im Wasser hin und her schwankte — und merkte, daß sie vom Wege abgekommen war. Und in demselben Augenblick konnte sie nicht weiter. Sie kroch unter ein paar Gräser und lag da, zusammengerollt wie ein kranker, junger Hund und am ganzen Körper zitternd.

Sie schüttelte, ohne eigentlich noch Schmerzen zu haben, die Kälte machte ihre Glieder gefühllos und tötete den Schmerz. Ihre Kinderseele war in Rot; sie wand sich unter der Sinnlosigkeit und Leere ihres Daseins. Sie bedurfte warmer Hände, bedurfte vor allem einer Mutter, die sie zärtlich an sich zog — und bekam nur Kniffe und harte Worte von ihr. Obendrein wurde von ihr verlangt, daß sie selber das geben sollte, was sie am allerbittersten entbehrte; sie hatte die Langmut und uner müßliche Aufopferung einer Mutter gegenüber drei bescheidenen Kindern zu beweisen, die nicht viel hilfloser waren als sie selbst.

Ihre schwarze Verzweiflung wurde hin und wieder von Schloßheit abgelöst. Hoß und Jörn. Ohnmacht und Sehnsucht hatten in ihrem Gemüt getobt und es ermüdet. Die Kälte kam und tat das ihre, und Stine versank in Halb-schlummer.

Auf einmal war drüben auf dem Wege ein eigentümlicher Laut zu hören, ein Schnurren, Knäden und Ratiern, wie es nur ein einziger Wagen auf dieser Erde hervorbringen konnte. Stine öffnete die Augen, ein Gefühl der Freude durchströmte sie: der Vater! Sie wollte rufen, konnte aber keinen Laut hervorbringen. Und jedesmal, wenn sie versuchte, sich zu erheben, knieten die Weine unter ihr zusammen; mühsam arbeitete sie sich über den Grabenrand hinauf, mitten auf den Weg; dort fiel sie zusammen.

Als der große Klaus an die Stelle kam, machte er Halt; er schlug mit dem Kopf, schraubte und ließ sich nicht weiterreiben. Dars Victor sprang ab und nach vorne an den Kopf des Pferdes, um zu sehen, was im Wege sei; und da fand er Stine, steif vor Kälte und bewusstlos.

(Fort. folgt.)

Verkehrsfähigkeiten wieder behoben, so daß die so schwer geprüften Bewohner des Ostens wieder friedlich ihren Geschäften nachgehen können!

Die Säuberung des Schenkenviertels

Die Regierungstruppen sehen in der Linie Prenzlauer Tor-Schönhauser Tor-Kolontaler Platz-Friedrichsplatz, ihre Patrouillen streifen bis zum Ringbahnhof Schönhauser Allee-Prenzlauer Allee-Weihenfeld und Zentralbahnhof. In großen Kampfhandlungen ist es hier nicht gekommen; unter Rinenfeuer hat nur das Haus Alte Schönhauser Straße 4 gelitten, welches vom Dach bis zum ersten Stock durchschlagen ist.

Am Prenzlauer Tor und in der Prenzlauer Straße sind je ein 15 Zentimeter-Geschütz, sowie mehrere Maschinengewehre nach Osten in Stellung gebracht.

Bei der Besetzung des R. S. W. Depots

in der Honnoverischen Straße wurden nach der Plünder der Ansassen noch 48 seidene Blusen und sonstige Privatbesitzstücke, im ganzen einen Kraftwagen voll Gegenstände, deren Herkunft sehr zweifelhafter Natur ist, gefunden.

Das Standrecht. Weder die Kriminalpolizei noch sonst eine Dienststelle des Polizeipräsidiums hat mit diesen Aburteilungen etwas zu tun. Die der Kriminalpolizei vorgeführten Personen werden durch diese vernommen und nach Aufnahme des Protokolls unter militärischer Bewachung nach Moabit gebracht. Im Laufe des gestrigen Tages wurden wiederum 68 Personen dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Standrechtlich erschossen worden sind auf dem Polizeipräsidium nur wenige Personen, die mit den Waffen in der Hand kämpften von den Regierungstruppen gefangen genommen wurden. Ueber diese wurde durch einen eigens abkommandierten Gerichtsoffizier der „Eisernen Brigade“ entschieden.

In 14 Tagen wieder?

Wie behauptet wird, ist in geheimen Besprechungen davon die Rede, in 14 Tagen Wasser und Gas abzuschalten, um die Regierung zu zwingen und es überhaupt noch viel schlimmer kommen zu lassen. Das sieht ja jenem Versammlungstredner gleich, der letzten So-bauer, daß noch zu wenig Blut geflossen sei...

Der K. u. S. Rat der Flugzeugmeisterei Adlershof legt Wert auf die Mitteilung, daß die von bürgerlichen Blättern, insbesondere vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ ausgesprochenen Vermutungen, über Berlin Kreuzen regierungseigentliche Flugzeuge der Flugzeugmeisterei Adlershof, jeder Begründung entbehren. Nachdem durch Urabstimmung der Generalrat beschlossen, wurde der Flugplatz vollständig abgeschlossen. Eine Entnahme von Flugzeugen vom Platz erscheint unmöglich, da sich außer der Sicherheitswache weder Arbeiter noch Piloten dort befinden.

Die Schiebereien.

Dienstag abends 1/2 8 Uhr wurde in der Dieffenbachstraße 88, 1. Stock eine 70-jährige Frau, die in ihrem Zimmer lag, durch einen von außen kommenden Schuß in den Leib getroffen und mußte in das Urban-Krankenhaus gebracht werden.

Solche Fälle haben sich in den letzten Wochen nur allzu oft ereignet. Aber den blindwütigen Schießern schlägt kein ja Gewissen.

Ein Spartakisteneck

wurde laut B.Z. in der Köpenicker Straße durch Truppen aufgehoben. Die Leute mußten erst mit der Waffe niedergelassen werden. 34 Spartakisten wurden erschossen, die andern gefangen genommen; es wurde eine große Anzahl Waffen dort gefunden.

Gegen ein Volkswortblattchen.

B.Z. meldet: In der letzten Nacht sperren einige Stroh-trupps die Rone-Friedrichstraße und drangen, nachdem mittels Handgranaten die massive Haustür gezwungen war, in die Redaktionsräume der „Weltrevolution“ ein. Hier wurden viele Exemplare der „Weltrevolution“, Schriftstücke, Sexpilaster usw. beschlagnahmt. Auf die absperrenden Mannschaften wurde von den Dächern beschossen; das Feuer wurde erwidert. In der Lotzinger Straße 18, wo sich eine Ausgabe der „Weltrevolution“ befindet, wiederholte sich derselbe Vorgang, wie in der Rone-Friedrichstraße.

Die Opfer.

Die schweren Kämpfe haben bisher aus den Reihen der Deutschen Schuß-Division an Toten und Verwundeten etwa 100 Mann gefordert, zum Teil hier von, in allen Räumlichkeiten des Weltkrieges bewährte Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, zum Teil neue Freiwillige.

Vollversammlung der A. und S.-Räte.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Die Diskussion über die Berichte der Kommission eröffnete Richard Müller: Der hinter uns liegende Generalstreik mußte aus den Verhältnissen herauswachsen. Jeder Tag belästigte die Arbeiter in dem Glauben, daß wieder ein sozialistisches-militarisches Regiment aufgerichtet werden sollte. Die Versprechungen auf Sozialisierung wurden nicht erfüllt, mit den Arbeiterräten sollte ein Ende gemacht werden. Das alles erzeugte die Stimmung für den Generalstreik. Seine Ursachen sind noch nicht beseitigt. Wenn die Regierung nicht ernst macht mit der Erfüllung der Forderungen der Arbeiter, dann wird sich der politische Generalstreik wie der Kolen. Zur Verhinderung der Gegenfrage trägt sehr viel bei die Hoge der Presse einschließlich des „Vorwärts“ gegen die revolutionären Arbeiter. (Gegen Glanzer und Roder, die schlimmsten Schwäger der Arbeiterfrage, wäre richtiger gewesen. Red.) Die Straßenkämpfe sind keine Folge des Generalstreiks, sondern sie haben ihre Ursache darin, daß man Anfang Dezember (infolge der Spartakusputzsch. Red.) eine militärische Organisation schuf, die man heute nicht mehr missern kann, und die weit gefährlicher ist als die vorrevolutionäre Militärmacht.

Bei dem Januarstreik haben wir in der Zeitung zusammen mit Mehrheitssozialisten und sie haben alle Gewaltmaßnahmen gegen die Streikenden ebenso scharf verurteilt wie wir. Auch Scheidemann hat diese Gewaltmaßnahmen auf das entschiedenste verurteilt. Gegenüber dem Schatzmeister Oldenburg-Januschau sagte Scheidemann damals, es gebe Leute, die sich freuen, wenn Deutsche auf Deutsche schießen. Diese Leute seien der Stolz des deutschen Volkes. Heute ist Scheidemann selbst Kanzler und unter seiner Regierung wird auf das Volk (nein! auf gegenrevolutionäre Verbrecher! Red.) geschossen. — Man möge die Ursachen der berechtigten Unzufriedenheit beseitigen, den Arbeitern Lebensunterhalt und Lebensfreude gewähren, dann werde wieder Ruhe eintreten.

Frank (S. V. D.): Wir bedauern die letzten Vorgänge in Berlin auf das tiefste. (Wärmende Zwischenrufe.) Wenn Sie eine andere Meinung nicht hören wollen, dann hat das eindeutige Verhandeln in dieser Versammlung ein Ende. (Beifall.) Diese Komödie werden wir nicht weiter mitspielen. (Beifall.) Tatzernachrichten, wie sie bisweilen in die Welt gesetzt werden, beurteilen wir. Auch in Blättern der andern Seite erscheinen manchmal Tatzernachrichten. Die Kommission, die nach Lichtenberg gegangen ist, hätte sich auch mit dem „Vorwärts“ in Verbindung setzen sollen. (Widerproche.) Die Berichterstattung des „Vorwärts“ war durchaus objektiv. (Wärmender Widerspruch.) Wenn die Berichte über die Kämpfe auch oft übertrieben sein mögen, so bleibt doch noch immer so viel übrig, daß die Handlungsweise der kämpfenden Spartakisten auf das Schärfste verurteilt werden muß. Erst heute sind Artilleriegeschosse der Spartakisten in Häuser der Eibinger Straße eingeschlagen. (Rufe: Ist nicht wahr. Das sind die Regierungstruppen gewesen.) Die Ursachen zum Generalstreik und dem Wüten in Berlin waren nicht vorhanden. Der Generalstreik hat der Arbeiterfrage nicht nur nichts

genützt, sondern geschadet. (Ärm.) Man hat den Arbeitern die Illusion beigebracht, daß ihnen

der Sozialismus ein Schlaraffenland bringen

würde. (Ärm.) Wer solche Illusionen in die Köpfe der Arbeiter legt, der macht sich eines Verbrechens schuldig. (Großer Ärm.) Wer trägt die Schuld an diesem Bürgerkrieg? (Rufe: Ärm.) Ich könnte ebenjotig sagen: Ärm. (Ärm.) Wir sind immer dabei, wenn es gilt den Kampf für die Interessen der Arbeiter zu führen. (Widerproche und Ärm.) Aber wir sind nicht dabei, wenn Arbeiter gegen Arbeiter kämpfen. — Weiter führte der Redner aus, daß die S. V. D. für den Sozialismus auf demokratischer Grundlage ist. (Diese Ausführungen wurden durch fortwährende härmische und lärmende Unterbrechungen von der linken Seite gestört.) Der Redner wandte sich in scharfen Worten gegen die Störer der Redefreiheit, was neuen Lärm auf der linken Seite hervorrief. Man rief: Wenn das so weiter geht, holen wir den Herunter. — Mit Nähe gelang es dem Redner, sich noch kurze Zeit verständlich zu machen.

Herrfurt (K. V.) behauptete, Frank habe die Versammlung provoziert, die S. V. D. hätte kläger sein, einen anderen Redner vorzuschicken. (Hiergegen protestierte die rechte Seite durch erregte Kundgebungen.) Zur Sache führte der Redner aus: Das Standrecht hat keine rechtliche Grundlage.

Die Erklärungen auf Grund des Standrechts sind ungesetzlich und deshalb als Morde zu betrachten, für die Roste verantwortlich ist. Sein Name ist gebrauchsmäßig für alle Zeit. — Man hat die Schouernachrichten aus Lichtenberg veröffentlicht, um einen Vorwand zu haben zu den Morde, die die Soldaten unter dem Schein des Rechts ausüben. Die bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts“ verbreitet eine Pogromstimmung gegen die Spartakisten. Wenn so weitergewirtschaftet wird, dann muß ja die Stimmung der Massen so aufgereizt werden, daß sie sich von keinem Führer mehr leiten lassen und daß Zustände eintreten, die viel schlimmer sind als die in Rußland. Man hat schon zwölf Funktionäre der Kommunisten erschossen ohne einen anderen Grund als den, daß sie unsere Funktionäre waren. Wir haben beim Generalstreik die Parole ausgegeben, daß wir uns an keinen Quisch beteiligen. Unsere Partei hat mit den Unruhen nichts zu tun. Wir haben unteren Genossen geraten: Laßt Euch nicht provozieren, Rostes Garden warten nur darauf, gegen Euch vorzugehen. (und außerdem besamen sie Handgranaten, wie vor Gericht erwiesen wurde. Red.) Vom Ebnhof aus ist die Bewegung in Berlin zu dieser Katastrophe geführt worden. Man will Pläne und Dokumente gefunden haben, aus denen hervorgeht, daß die Spartakisten und Kommunisten den Aufstand vorbereitet haben. Ich erkläre, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist und daß die Unterschriften gefälscht sind.

Ein militärischer Zwischenfall.

Während der Redner noch sprach, trüben im Hintergrunde des Saales plötzlich bewaffnete, staßhelmbenutzte Soldaten auf und besetzten die Ausgänge. „Da sind die Rostegarden“, rief man von mehreren Seiten. Das Erscheinen der Soldaten rief eine härmische Erregung und heftige Proteste auf allen Seiten des Saales hervor. Da sich die Soldaten passiv verhielten, ermahnten einige Versammlungsmitglieder zur Ruhe. Richard Müller wollte die Versammlung fortsetzen und erzielte dem nächsten Redner das Wort. Lebhaft wurde dagegen protestiert, daß die Versammlung unter militärischer Bedeckung weiterläge.

Strasser (S. V. D.) teilte mit, er habe schon erfahren, daß die Soldaten vorläufig nur den Befehl haben, die Ausgänge zu besetzen und den Teilnahmestrich zu sperren. Die Versammlung könne ruhig fortgesetzt werden und abwarten, was weiter geschehen werde. — Burkisch beantragte, die Versammlung zu verlegen, bis die Rostegarden zurückgezogen seien, auch solle der Vollzugsrat gegen die militärische Besetzung protestieren. — Hiffer (Demokrat) und Büchel (S. V. D.) protestierten ebenfalls gegen die Anwesenheit des Militärs. — Die Versammlung wurde hierauf vertagt. Nach etwa einer halben Stunde wurde mit großer Mehrheit beschlossen, unbestimmt weiterzutagen.

Dr. Michaelis (Demokrat) nahm die Presse gegen die Angriffe der Vorredner in Schutz und betonte, daß kein Redakteur daran denkt, absichtlich falsche Nachrichten in die Welt zu setzen. Den Lichtenberger Fall konnte die Presse gar nicht nachprüfen und der Vollzugsrat hat ihr seine Feststellungen nicht mitgeteilt, sie würde sie sonst gebracht haben. Die Feststellungen des Vollzugsrats sind doch nicht ganz einwandfrei. Von anderer Seite, die sich auf Augenzeugen stützt, ist doch festgestellt worden, daß etwas Bahres an der Lichtenberger Nachricht ist. Tatsächlich sind einige Personen von den Aufständischen ermordet worden. Der Generalstreik ist die Ursache der Unruhen. Deshalb sind diejenigen mitschuldin, die den Streik beschlossen haben, und auch die Mehrheitssozialisten, die sich der Stimme enthielten. Man sollte jetzt alles tun, um die Gemüter zu beruhigen. Wir dürfen über den inneren Wirren nicht vergessen, daß uns die Entente einen Frieden diktieren will, der den deutschen Volke für 30 Jahre eine Schuldenlast auferlegen soll. Gegen solche Schmach müssen wir protestieren. Auf die Weltrevolution können wir nicht hoffen. Mit den 15 Milliarden, die die Entente jährlich nach den Friedensbedingungen von uns bekommen soll, kann sie die Arbeiter in ihren Ländern so aufzubringen, daß sie nicht an eine Revolution denken. — Durch Einigkeit müssen wir alle Widerstände, mögen sie von rechts oder links kommen, beseitigen können. (Beifall.)

Folgende von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die unerhörte Provokation der weißen Garde, die es wagt, das Parlament einer revolutionären Körperschaft durch Eindringen in das Versammlungshaus zu föhren und unmöglich zu machen. Sie fordert Genugtuung für dieses unerhörte Vergehen und tut die Arbeiterfrage aller Vorkriege zum einmütigen Protest gegen das Militärregiment Roste-Keinhardt auf.“

Die Versammlung wird von der Regierung Rechenschaft für dieses Verhalten der Truppe verlangen und nicht unterlassen, um einer Wiederholung derartiger Vorgänge vorzubeugen.“

Die Soldatenräte erklärten unter lebhaftem Beifall, daß auch sie sich der Protesthandlung anschließen.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß an Stelle der beiden aus dem Vollzugsrat ausgeschiedenen Kommunisten zwei Mitglieder der U. S. V. in den Vollzugsrat eintreten. Ein von früher her vorliegender Antrag, der den Vollzugsrat beantragt, einen Reichskongreß der A. und S.-Räte einzuberufen und die Funktion des Zentralrats zu übernehmen, wurde ohne Debatte abgelehnt.

Dem Zentralrat wurden zwei Entwürfe überreicht, welche eine Wenderung der Wahlordnung zum Rätekongreß dahin fordern, daß jedem Kommissar 2 Vertreter angebilligt werden und daß die militärischen Kommissare sowie die sonstigen des Saales nicht unterstellten Behörden eine Vertretung erhalten.

Reiner wurde beschlossen, daß

alle 14 Tage eine Solderversammlung

abgehalten werden soll. Die Tagesordnung war erschöpft, die Versammlung beendet, aber die Teilnehmer waren tatsächlich die Gefangenen der Soldaten, die Befehl hatten, niemand aus dem Saale hinauszu lassen. Die Versammlung blieb deshalb, dem Zwange folgend, besamman und wartete die Rückkehr einer an Roste gefundenen Abordnung ab. Unwissen kam unter anderem die in der Versammlung der Funktionäre der S. V. D. am Dienstag vom Gewissen heilig-gemachte Wenderung zur Sprache, wonach er durch seinen in diesen Tagen durch einen unglücklichen Zufall bei den Straßenkämpfen getöteten Kollegen Vermissen erlitten habe. Dämmig und die Unabhängigkeit hätten den Generalstreik von links zu Lande vorbereitet. — Dämmig

Bemerkte hierzu, er habe den verstorbenen Bernstein nicht gekannt, habe seines Wissens nie mit ihm über den Generalstreik oder den Warenhausstreik gesprochen, auch sei der Generalstreik seinen (Dämmig) politischen Ermägungen entgegen gewesen.

Neue, von der Unterredung mit Roste zurückgekehrt, berichtete, die militärische Besetzung des Versammlungshauses sei infolge eines Mißverständnisses durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division erfolgt, weil man die Versammlung für gemeinschaftlich hielt und sie deshalb auflösen wollte. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß diese Voraussetzung irrig ist und nur öffentliche Versammlungen der Genehmigung bedürfen, seien die Truppen abgezogen und ihr Führer habe sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß sie einem Mißverständnis zum Opfer gefallen seien.

Wie die S. V. D. erfahren, ist die Besetzung der „Germania“-Säle, in denen die Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte stattgefunden hat, darauf zurückzuführen, daß die zuständigen Stellen nicht in der formell vorgeschriebenen Weise über Zeitpunkt und Ort der Versammlung unterrichtet worden waren. Daher ist gemäß den Bestimmungen des Belagerungszustandes verfahren worden. Sofort nach Aufklärung des Sachverhaltes wurde durch die zuständigen Stellen, zu denen sich inzwischen eine Abordnung aus der Mitte der Versammlung begeben hatte, die Besetzung aufgehoben.

Groß-Berlin

S. P. D.-Arbeiterräte!

Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Fraktionsung im Plenarsaal des Herrenhauses. Der Fraktionsvorstand, Cass.

Funktionäre des Siemens-Werks

Heute, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr „Schlesier“ am Bahnhof Jungfernhöhe, wichtige Besprechung der S. P. D. Erscheinen dringend erforderlich.

Verteigete Hilfeleistung.

Vom Soldatenrat des Bezirkskommandos VI wird und geschrieben:

Vor einigen Tagen wurde der Bezirksfeldwebel Franke gegen 8 Uhr nachmittags auf dem Helmweg vom Dienst in der Potsdamer Straße von einem Bluturzug befallen. Vorübergehende bemähten sich um ihn und brachten ihn in den Flur des Hauses Potsdamer Straße 68. Der patrouillierende Soldat und Angehörige der Republikanischen Soldatenwehr Soeger vom Depot III lief in die gegenüberliegende, im Hause Potsdamer Straße 92, gelegene Frauenklinik des Dr. Abel, um einen Arzt herbeizuholen. Er fand den wachhabenden Arzt Dr. Roschinski in seinem Zimmer auf dem Sopha liegend. Trotz der ihm als höchst dringend geschickten Notlage ließ Dr. Roschinski sich nicht bewegen, seine Kufe zu unterbrechen und lehnte jede Hilfeleistung ab. Bevor ein anderer Arzt gefunden wurde, war Bezirksfeldwebel Franke verstorben. Der Kurgelhammer ist Anzeige erstattet.

Am den Entlassungszug kommt es zwischen Betriebsklassen und den Prüfungsstellen manchmal zu unliebamen Auseinandersetzungen. Ein junger Mann, der im Juli 1918 eingezogen und im Dezember entlassen wurde, wollte gegen Ende Februar 1919 für seine Entlassungsform einen Zivilantrag einreichen. Er wurde abgewiesen mit der Begründung, daß er nur kurze Zeit im Heeresdienst gewesen sei und daher noch keinen Anzug verdient habe. Auch wurde ihm vorgehalten, er habe doch wohl in der Kriegszeit genug Geld verdient und könne sich selber einen Anzug kaufen. In der Kriegszeit hat der junge Mann seine Lehrzeit gehabt und er muß die durch die Einziehung unterbrochene Lehre jetzt noch fortsetzen und beenden, so daß von „genug Geld verdienen“ kein Rede sein kann. Allerdings, die mit ihm zusammen eingezogen wurden, haben ihren Anspruch auf einen Zivilantrag mit Erfolg geltend gemacht. Auch ihm wird er bewilligt werden müssen.

Neue Jäger nach Steitlin-Beigard. Ad Steitner Bahnhof 5.30 früh nach Beigard, an 2.56 nachmittags, Gegenzug ab Beigard 5.20 nachmittags. — Ferner ab Bahnhof Bahnhof 9.30 abends Schloßweg nach Rönchen, auf dessen Benutzung jedoch besonderer Nachweis der Deinglichkeit erforderlich ist. Dienstag und Freitag jeder Woche Anfuhr nach Wien ab München. Ebenso zweimal in der Woche Verbindung Wien-München-Berlin.

„Feuer“ in der Reichstagskammer alarmierte am Mittwoch vormittag die Berliner Feuerweh. Es hatten sich dort im Keller Papier, Kisten usw. entzündet. Die Feuerweh und die Wasser Wächter tätig. Nach einstündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt.

Tanzverein „Nichter“. Wegen der Reichswehrangelegenheiten sowie der Verlegung des Standortes über Berlin sind alle getroffenen Vereinbarungen aufgehoben worden. Alles weitere wird durch die Presse bekanntgegeben.

Schloß Gauer Berlin: Zeitschriftliche können sich melden: Turnstraße 91 (Neues Kriminalgericht), Kanitz, 103, Lantzenstr. 13 (Wohrbräu), Meißner, 29 (Stübenbergplatz Café Hindenburg). Zeitschriftliche können nach Niederlegung der Urakten sofort zu ihrer Beschäftigung zurückkehren.

Der Kurier Die Geschichte des Sozialismus“ beginnt heute Donnerstag, den 12. d. M., abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 2, II. Hof, 3. Et. links. Prof. Grünwald leitet über: Die Anfänge des „sozialistischen Gedankens“ (Wala, mittelalterliche Zeiten). Die großen Utopisten. (Worus, Fourier, Owen, Simon.) Umfassender für alle fünf Abende, a 1.50 M., sind noch zu haben. Übergabepreis für einen Abend 75 Pf.

Zu Hebräen für die Regierungstruppen wird von mehreren Seiten mit der Angabe aufgefordert, daß Geldpenden für die Verwundeten und die Hinterbliebenen gewaltiger besonders erwünscht sind.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Friedrichsfelde. Die Kinder von 2-6 Jahren erhalten gegen Übergabe der unten links an den jetzt gültigen Volksmilchkarten D und O beifolgende Kontrollschleifen je drei Kilo Milch kostenfrei. Die Schleifen sind zu je 100 M. in den Milchgeschäften. Diese Milch soll als Kolbebel an den Tagen dienen, an welchen Volksmilch in nicht ganz einwandfreiem Zustande oder überhaupt nicht eintrifft. — Die Ausgabe der Kolbenbezugsscheine erfolgt ab heute Donnerstag bei der Kolbenbezugsstelle im Grundbesitzamt, Dänhoffstr. 31, 3 bis 1/3 Uhr werktäglich gegen Legitimation. Die Besondere sind verpflichtet, die Eintragung des Kolbenbühlers bis 15. März d. J. zu veranlassen. — Reichsbühler. Die Abholung der Volksmilch von den amtlichen Verkaufsstellen, Kuchholdern und Milchhändlern hat bis spätestens 8 1/2 Uhr morgens zu geschehen. Der Später eintreffend, hat nur dann darauf Anspruch, wenn solche überhaupt noch vorhanden ist.

Wanzen. Gegen Geld ab für Jugendliche frische dänische Eier in verschiedenen Geschäften. — Morgen Freitag beginnt der Verkauf von 70 gr. holländischer Butter auf Butterabnahmest. Der noch vorhandene Butter, die kann ohne Verzug abgehoben werden. — Milchpublikum auf Bezugsgemeine für Kinder ist noch in sechs Geschäften zu haben. Die Bezugsgemeine werden mit dem 14. d. Mts. umgänglich.

Mariendorfer-Sände. Die Familienunterstützungen werden vom 16. März ab ohne Rücksicht auf den Anfangsbestand nur noch im Polizeibürogebäude, Zimmer 8, von 9 bis 12 Uhr ausgezahlt. — Durch die Reichsbesetzungshilfe ist der Gemeinde ein Vollen Obererde für Frauen und Mädchen übergeben worden. Die Waren sind für Kinderbewahranstalten, deren Einkommen 8000 M. jährlich nicht übersteigt. Zur Beschaffung ist ein Kaufberechtigtenausweis notwendig, die Ausgabe erfolgt im Polizeibürogebäude, Zimmer 14, nur an Mariendorfer Einwohner.

Die „Preis-Lagerhäuser“ zum jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 6 Uhr, in der Turnhalle des Gymnasiums, Rühlstr.

Opernhaus
Der Barbier v. Sevilla.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Die Kreuzschreiber.
Anfang 7 Uhr.

Königgrätzerstraße
Dir. C. Meinhart - R. Bernauer
8 Uhr: Musik.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
1/2 Uhr: Fünf Frankfurter.
Freitag: Erdgeist.
Sonnab.: Fünf Frankfurter.
Sonntag: Erdgeist.
Montag: Fünf Frankfurter.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Sterne**,
die wieder leuchten.

Theater der Friedrichstadt.
Gde. Friedrich- u. Stinnesloße.
Herden 8250.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Drei tolle Tage.
Operette von Berlin.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
August der Starke.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderhaus.**
Gastsp. d. Friedr.-Wilh. Theat.

Friarion-Theater.
Friedrichstr. 217.
Heute 2. 177. Male:

Heute Ruf
Kastner,
Hugo Fink,
Sonnt. 4 U: ...

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Spielleitung: Alfred Rotter.
Hans Arnstadt, Karl Clowig,
Eug. n. Burg, Olga Limburg,
J. Falkenstein, Emma Debnar,
Rosa Valetti, Paul Bildt.

Luisen-Theater.
7 1/2 Uhr:
Hasemanns Töchter
Sonn- tag 8: Hasemanns Töchter
Sonn- tag 7: Wilhelm Tell

Theater am Kottbuser Tor.
Gd. L. Müll. 111. abds. 7 1/2 Uhr:
Die große Reuse!
Haber 100 Billets!

Die lustigen Bagabunden.
Sonn- tag 7 1/2 Uhr u. 7 1/2 Uhr:
2 Aufführungen.
Stück, bei jeder Aufführung
1 Kind frei (11:50)

Casino-Theater.
Reichstr. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr:
Der Schläger der Spielzeit:
Das neue Berliner Schloß!

Bater Knolle.
Das schlaueste Spielstück.
Stp. 7 1/2: Die weiße Dame.

APOLLO
Theater
Friedrichstraße 215
Dir.: James Klein
Abend: 7 1/2 u. 9
Sonn. 8 1/2 u. 7 1/2

Abdankung
des
Maharadscha
Große Varieté-Aus-
stattungs-Schau.
Persönl. Auftreten
d. berühmten dänisch-
Filmschauspielers
Viggo Larsen.
Lucie Blüthner
als Lieblingssrau.
H. Horner, Fr. Rauch
arab. Springer,
10 Pyram.-Darstell.
Sattys Bärengruppe.
Chinesische Gaukler.
Sonn- tag 7 1/2 u. 9
Erwachs. 1 Kind frei!
Theaterk. ununterbr.
erschließbar.

Admiralspalast.
Täglich 7 1/2 Uhr.
Sonn- tag 4 und 7 Uhr:
Die Novität!
Tanz-Revue.
Großes Divertissement.
Außerdem:
Prinzessin v. Tragan
Wer ist die Schöne?

Admirals-Kino
Die Klopstomane
mit
Maria Widal

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 Uhr: Zum 1. Male: Der
rote Hahn.
Freitag: Der rote Hahn.
Sonnabend: Der Blauluch.
**Deutsches Künstler-
Theater.**
7 Uhr: Der Schöpfer.
Freitag: Der Schöpfer.
Sonnabend: Der Schöpfer.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan
Kauschen gestattet!

Intimes Theater
am Nollendorfplatz.
Hilowstr. 6. Lösw 2363.
**Das neue
März-Programm.**
**Erstklassige
Spezialitäten.**

METROPOL
**KABARETT
SCHREINER**
Trude
Heisterberg
Robert Steidl
Ye Larte
Der sprechende
Hund
Leopold Byron
Lajos Rigas
Adolf Karbach
u. a. m.
Olygi-Konzerte
Warme Küche
Schluß-Tanz.

Reichshaus-Theater
Wende 7 1/2 Uhr u.
Sonn. 8 1/2 Uhr:
**Stettiner
Sänger**
Irm. Hebe 11.

Busch
Donnerstag, 13. März
7 1/2 Uhr:
**Wieder-
eröffnung!**
Sonn- tag 2 Vorstell.
8 1/2 und 7 1/2 Uhr.

DOM. Heute Donnerstag
abends 8 Uhr:
Orgel-Konzert
Walter Fischer
Mitw.: Willi Kewitsch (Sopran),
Anna Grasse (Alt),
Ellen Byk (Violine).
Eintritt frei gegen Ein-
nahme eines Programms.

**MARMOR
HAUS**
Dir.: Siegh. Goldschmidt.
Der beispiellose
Erfolg:
**Hyänen
der Luft**
2. Teil
**Der Weg, der
z. Verdammnis
führt**
von
Julius Sternheim
Regie:
Otto Hippert

Durch ein Vorspiel ist
der 2. Teil des Films:
"Der Weg, der zur
Verdammnis führt",
ohne weiteres auch
dem Publikum ver-
ständlich, welches den
1. Teil nicht gesehen
hat.
Vorverkauf 11-1 Uhr.
Ehrenkarten haben
keine Gültigkeit

5, 643, 830

**Magen-
Nerven-**
Loidende
verlangt gratis Prospekt
von der
Roland-Gesellschaft
m. b. H.
Fabrik Chem. Produkte,
Am Wall 167, Bremen.

Kraftdroschken
mit Selbststeuerung selbst abzugeben. Nachkommen erhalten
Wieder 2 bis 5. H. 500 an Rudolf Masse, Grenzstraße 1.

Theater für Donnerstag, den 13. März.
Central-Theater
Die Rose von Stambul.
7 1/2 Uhr:
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der eiserner Heiland.
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Hannerl.
Das Dreimäderhaus
2. Teil.
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Der Revolutionär.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Neues Operettenhaus
Schiffbauerd. 4a. Norden 251.
7 1/2 Uhr: Die keusche Susanne.

Metropol-Theater.
7 Uhr 10: Die Faschingsfee.
Sonn. 3 Uhr: Wiener Blut.
Palast-Theater
7 Uhr: Christus
mit Ludwig Wöllner.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Der Reisebegleiter.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft.
Th. am Nollendorfplatz
7 Uhr: Der Juxbaron.
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Madame Sherry.
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Geisha.
Stg. 3 1/2: Graf v. Luxemburg.

NATIONAL-THEATER
Die Kinopuppe.
Burleske in 3 Akt v. Leonh. Haskel. Musik v. W. Bromme.
Sonn- tag 3 1/2: Zwei Wappen. Blumenthal u. Kadelburg.

Philharmonie. Freitag, 21. März, 7 1/2 Uhr:
Liederabend
**Josef
SCHWARZ**
3 mittelalterliche Lieder (zum ersten Male):
Schumann, Strauß, Grieg, Sinding.
Am Klav.: C. V. Bos. 1. Karten 4, 6, 4, 2 M.

Philharmonie. Sonnabend, 22. März, 7 1/2 Uhr:
Einzigar Arienabend
**Claire
DUX**
Arien von Händel, Mozart, Weber, Lortzing,
Verdi, Puccini.
Karten 4, 6, 4, 2 M.

Philharmonie. Sonntag, 23. März, mittags 12 Uhr:
Wiederholung des **Wagner-Abends**
mit dem Philharm. Orchester
**Walter
Kirchhoff**
Dirigent: Camillo Hildebrand. Am Klavier: Artur
Rosentzweig. - Karten (volkstümlich. Preise) 3, 2, 1 M.
Karten f. ob. Versant. d. Bote & Bock u. Wertheim.

Eintritt frei!
URANIA Eintritt frei!
14. März 1919, nachmittags 3 Uhr
**Rettet das Saarrevier
vor der Raubsucht der Franzosen**
Vortrag mit Lichtbildern über die politische und wirt-
schaftliche Bedeutung des Saargebietes.

Beethovenaal. Sonntag, 16. März, 7 1/2 Uhr:
Einmaliger „Heiterer Abend“
MARCELL SALZER
Karten: Bote & Bock, Wertheim, Philharmonie.

Prachtsäle des Westens
Speichernstr. 8 (Untergrundbahn-
Nürnberg. Platz)
Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donner-
stag und Sonntag:
Gr. Ball
Sonn- tag 8 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

Unterhaltungs-Restaurant
Wien-Berlin
Jägerstr. 63a.
Richard Berger - Siegfried Glaser
Spiro-Horwitz - Fritz Löwe-Lessen
(Duet)
Paul Bendix - Herman Wehling
Kapelle Gustav Gottschalk
Besorgte Wein - Vorzügliche Küche
Anfang 6 Uhr Eintritt frei.

Linden-Restaurant
Conndorf-Betriebe Gd. Arno Conndorf
Gänge:
Friedrichstraße 87 / Unter den Linden 44
Allseitig
gerühmte Verpflegung
Ruf:
Kapelle Pörtner

**Brillanten
Beren**
Baillhaust, Friedrichstr. 135, Gde. Unter d. Linden
gegenüb. d. Diorin-Café, Zentrum 100.

PIANOS
Adam, Münzstr. 16
große Auswahl, gebrauchte, in eigener Repa-
raturwerkstatt wie neu hergestellt, vollkom-
men gleichwertig mit neuen Instrumenten!
Verkauf unter voller Garantie.
Klavierstimmer Adam, Münzstraße 16.

Zur Frühjahrsaussaat:
Gemüse-Samen

In bester keimfähiger
Qualität von den
ältesten, geübtesten
Sorten zum
Freiboden sowie fürs
Land empfohlen wie
folgt.
**Im
Mistbeet:**
Salat (Kais. Treib-),
Gurken (Noas Tr.),
Karotten (Pariser),
Radies (Non plus
ultra), frühe Kraut-
arten, Porree, Sellerie,
Tomaten usw.
**Für den
Garten:**
Alle Frühherb.,
Mark- und Zucker-
erbs., Fußbohnen
(dicke Bohne),
Kartoffelbohnen, allfr. Mel.
Büsch- und Stangenbohnen, grün- und gelb-
schotige Sorten, mit und ohne Fäden, Zwiebeln,
Karotten, Spinat, Petersilie, Mangold, Kopfsalat,
Schnittsalat, Kohlrößen, Weiß- und Rotkraut, Kohl-
rabi usw.
**Tafelsaamen, feinsä aromatische Sorten, Havanna,
Cuba, Mammoth, Portorico, Virginia usw.**

Landwirtschaftliche Sämereien:
Runkelrüben (rote u. gelbe Eckendorfer Rieser-
wäsen), Futterrüben, Esparsette, inhr. Luzerne-
u. Rotklee, Schwedenklee, Inkarnatklee, Weiß Klee,
Grassamen für feuchte u. trockene Wiesen. Ferner:
Comfrey, eine unserer ergebnisreichsten Futterpflanzen,
100 Stück 1,30 M., 30: Stück 2,00 M., 1000 Stück 10,00 M.
sowie auch reiche Auswahl in Blumensämereien.
Verlangen Sie sofort mein reichhaltiges
Preisverzeichnis, welches auf Wunsch kostenlos
zu Diensten steht. 25/19

Friedr. John Nachf., Inhaber:
Samenhandlung z. Roten Hirsch,
Fernruf 2302. Eurturf 6, Marktstraße 27.

Zeit-Arbeit-Geld
spart du bei Verwendung von
**Schuhcreme
Peristern**



Luxus-Qualität * Haushalt-Marke
zu haben in allen einschlägigen Geschäften
CHEMISCHE WERKE GEBR. SCHULTZ PERLEBERG

Bereitet
eure Suppen, Gemüse,
Tunken, Bratkartoffeln
ohne Fett und Fleisch
nur mit
**Nährhefe-Würze
Ceva**

General-Vertrieb
für Berlin und Brandenburg:
Ludwig Blumenthal
BERLIN W 35
Am Karlebad 10

Die guten billigen Möbel
Nur echte Holz
Wohnzimmer
von M. 640 an
Neuzzeitliche Formen
Speisezimmer
echt Eiche v. M. 2300 an
Küchen in moderner
Ausführung v. M. 330 an
Möbelfabrik August F. Schultze
Berlin N 4, Invalidenstraße 145

**Brillanten
Beren**
Baillhaust, Friedrichstr. 135, Gde. Unter d. Linden
gegenüb. d. Diorin-Café, Zentrum 100.

PIANOS
Adam, Münzstr. 16
große Auswahl, gebrauchte, in eigener Repa-
raturwerkstatt wie neu hergestellt, vollkom-
men gleichwertig mit neuen Instrumenten!
Verkauf unter voller Garantie.
Klavierstimmer Adam, Münzstraße 16.

Bekanntmachung.
Vollmilch.

Die Vollmilchsorten für April 1919 werden in den zur
Fettstelle Groß-Berlin gehörenden Gemeinden in den nächsten
Tagen ausgeben. Es gelangen zur Ausgabe:
a) für die nach dem 1. April 1918 geborenen Kinder
rote mit „A“ gekennzeichnete Milchsorten,
b) für die in der Zeit vom 1. April 1917 bis zum
31. März 1918 geborenen Kinder lila mit „AI“
gekennzeichnete Milchsorten,
c) für die in der Zeit vom 1. April 1916 bis zum
31. März 1917 geborenen Kinder grüne mit „BI“
gekennzeichnete Milchsorten,
d) für die in der Zeit vom 1. April 1915 bis zum
31. März 1916 geborenen Kinder gelbe mit „BII“
gekennzeichnete Milchsorten,
e) für die in der Zeit vom 1. April 1914 bis zum
31. März 1915 geborenen Kinder braune mit „CI“
gekennzeichnete Milchsorten,
f) für die in der Zeit vom 1. April 1913 bis zum
31. März 1914 geborenen Kinder gelbe mit „CII“
gekennzeichnete Milchsorten.

Die zu verarbeitende Milchmenge ist auf den Kranken-
und Sondertarifen, nicht aber auf den Rindertarifen auf-
gebracht. Welche Milchmengen auf die Rindertarife verab-
reicht werden, wird nach dem Bedarf bestimmt werden. Auf
die übrigen Sorten ist die aufzubehaltende Menge nach zu ver-
fahren, soweit nicht eine abweichende besondere Anweisung er-
geht.

Die Zahl der Vollmilchsorten haben die Empfänger
bis zum 21. März d. J. schriftlich dem Milchhändler
vorzulegen. Die auf Grund dieser Anmeldung erfolgende
Befreiung gilt für die Zeit vom 1. bis 30. April 1919. Die
„AI“, „AI“, „BI“, und „BII“-Rindertarife, ferner die durch ein
großes „A“ in dem Mittelteil gekennzeichneten Rariten über
„A“ und „B“-Milch gekennzeichnete, die zum Brauge von
„A“ und „B“-Milch berechneten, dürfen nur in den „A“ und „B“-
Milchgeschäften, die „CI“ und „CII“-Rindertarife, Rindertarife,
ferner die Vollmilchmengen, welche zum Brauge von
„C“-Milch berechneten, dürfen nur in den „C“-Milch-
geschäften abgeholt werden. Die verbleibenden Arten
von Milchsorten sind durch ein entsprechendes Plakat im Ge-
biet kenntlich gemacht.

Der Milchhändler hat die Rindertarife abzuführen,
den einen (links unten) hat er aufzubehalten, den anderen
(rechts unten) hat er mit dieser der Fettstelle Groß-Berlin
(Milk) einzuliefern. Die Milchhändler werden darauf auf-
merksam gemacht, daß die Rindertarife bis zum
25. März d. J. bei der Fettstelle Groß-Berlin (Milk), Berlin
C 2, Pölsch 4, abgegeben sein müssen. Eine Verlang-
ung dieser Milch kann unter keinen Umständen statt-
finden.

Die Milchsorten dürfen von den Händlern nicht in Ge-
währung genommen werden, sondern bleiben in den Händen
der Bezugsberechtigten. Die Milchsorten sind täglich vorzu-
legen. Der Milchhändler hat täglich den gültigen Tages-
abschnitt abzugeben und an sich zu nehmen.
Berlin, den 6. März 1919.

Fettstelle Groß-Berlin (Milk).
Die Vollmilchsorten für April 1919 sind in Berlin von den
Bezugsberechtigten
für die Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre am
Mittwoch, den 13. und Donnerstag, den 14. März 1919,
für die Kinder im dritten und vierten Lebensjahre am
Freitag, den 15. und Sonnabend, den 16. März 1919,
für die Kinder im fünften und sechsten Lebensjahre am
Montag, den 17. und Dienstag, den 18. März 1919 ab-
zugeben. Die Haushaltungsvorstände werden in eigenen
Interesse darauf hingewiesen, daß die Karten an den vor-
genannten Abgabeterminen von den zuständigen Bezugs-
stellen abgeholt werden müssen; jedoch sind bei Be-
gehren, besondere Karten für verfallene Milchsorten zu-
schicken, sämtliche Milchsorten an einem Tage auszugeben.
Karten für Kranke werden wie bisher von der Fettstelle für
Krankenversorgung markiert. Soweit sie sich bei den vor-
stehend bezeichneten Abgabeterminen bereits in den
Händen der Empfänger befinden, ist die Anmeldung innerhalb
der Zeit zu bewirken. Die nach Ablauf der Zeit überbliebenen
Karten tragen den Stempel „Krankenversorgung“ und können
jeberzeit angemeldet werden.
Von am 1. April 1917 und später geborenen Kindern:
wird je 1 Pfd. Nährmittel gewährt. Die Ausgabe der Be-
zugskarte für die Nährmittel erfolgt zusammen mit der Ausgabe
der April-Milchsorten. An die Kinder im dritten bis zum
6. Lebensjahre sind als Ausgleich für die verfallene Milchportion
Nährmittelbezugskarte bereits Ende Februar durch die Bezugs-
stellen mit der Ausgabe gelangt. Soweit für diese Gruppen
die Nährmittelbezugskarte noch nicht abgeholt worden sind,
erfolgt die weitere Ausgabe zusammen mit den Aprilmilch.
Berlin, den 6. März 1919.

Magistrat.
Zob. IV. 03 5. 301.

Artilleristen, Kavalleristen!
Sollt unter Diktanden vor den Wehrpflichtigen zu schützen und
unseren Kameraden, die von ihnen in Ruvidand hart bedrängt
werden, die Mächte in die Heimat zu führen. Neben Euch
sollt freiwillig beim 2. Garde-Jägerbataillon-Detachement in
Döberitz, 1. Solowen, Grenzhaus Nordost, Klein-
barade 13, Aufschloß Euch stellen, denn wir sind
dabei od. besonders gebraucht werden: Sanftmacher, Hölzer,
Ammunition, Schmelzer, Schuhmacher und H.-G.-Schüler.
Bedingungen: Robie Wohnung und Verpflegung, täglich
5 Mark Zulage. Nach Ueberreichen der hiesigen Grenz-
eine weitere Zulage von 4 Mark pro Tag. Außerdem eine
Taschengeld von monatlich 30-50 Mark Urlaub alle drei
Monate. Familienunterstützung usw. wie bisher. 1742b

**Bei
Husten, Heiserkeit, Verschleimung**
und vielen anderen, auch schwereren, Hals- u. Lungenerlei-
den (wie bei Grippe, Keuchhusten, wie beim Nieseln) von
Kleinsten, Apotheken, Selbstbedienen einwandfrei bewirkt, unfehlbar

Rotolin-Pillen
In jahrelanger Praxis - vorzügliche Erfolge.
Geduldig zu N. - per Schachtel in allen Apotheken; wenn
nicht vorräthig, auch direkt u. uns durch unv. Berlin-Apoth.
Ausführliche Prospektblätter beifügen.

Ploetz & Co., Berlin SW 68
Sauptunberologe für Rotolin-Pillen
Samariter-Apothek Berlin SW,
Reichenburger Str. 41. Telefon 1815.

Billigste Bezugs-Händler, Hausierer!
gutsche für
Schmierwaschmittel
in 1/2, 1 Pfd.-Dosen, 10 Pfd.-Dosen, 25 Pfd.-Eimer
und in 50 Kilo.

Unverfälscht gute Qualität, feste, schaumige Masse.
Qual. A. St. beste, feinstmögliche Qualität, wunderbar in Gebrauch.
Qual. B. St. beste, feinstmögliche Qualität, mit Mineral-Fettsäure.
Stein, Waschmittelvertrieb, Heber & Co., Neufeld
Hermannstr. 27 H. Rottburg. 14202

Seit über 25 Jahren ist
Lanolin-Cream Marke
„Pfeiling“
in Tuben u. Dosen in all. Apotheken,
Drogerien und Friseur-
geschäften er- hälllich,
das unübertroffen Beste zur Hautpflege.

Vereinigtes Chemische Werke Aktien-Gesellschaft.
Abteilung Lanolin-Fabrik Martinkensfeld,
Charlottenburg, Saluzer 15.

Die zweite Lesung des Sozialisierungs-Gesetzes.

26. Sitzung vom 12. März 1919.

Zur Regierungstisch: Wissell, Kossel, Schmidt, Bell und Bergner.

Zur zweiten Beratung steht der Entwurf eines Sozialisierungs-Gesetzes.

§ 1 lautet in seinem 1. Absatz nach den Beschlüssen des Ausschusses: Jeder Deutsche hat unter Beachtung seiner persönlichen Freiheit die ständige Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Die Worte „unter Beachtung seiner persönlichen Freiheit“ sind vom Ausschuss nur eingefügt worden.

Nach § 2, der gemeinsam mit § 1 beraten wird, ist das Reich befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung 1. geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen in Gemeinwirtschaft überzuführen und 2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln. Die Entschädigungspflicht, die durch besondere Reichsgesetze geregelt werden soll, ist von der Kommission neu eingefügt worden, ebenso die Bestimmung, daß die gemeinwirtschaftliche Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter nur „im Falle dringenden Bedürfnisses“ durch das Reich erfolgen kann.

Abg. Vogler (D. Sp.):

Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären: durch die Kommissionsbeschlüsse zu dem Sozialisierungsgesetz sind Grundzüge angenommen worden, die es ermöglichen, die freie Privatwirtschaft und den freien Handel in Deutschland durch Sozialisierungsmaßnahmen zu schützen. Wir legen gegen diese Beschlüsse hiermit Protest ein. Es geht nicht allein um die Kohle. Der Sozialisierungsentwurf läuft weiter. Wir wollen eine evolutionäre Entwicklung, was aber in den augenblicklichen Verhältnissen eine revolutionäre Entwicklung, für die wir die Verantwortung ablehnen. (Sehr. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Badstuber (D. Sp.):

Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden, wir werden rechtzeitig abstoppen müssen. Wir ziehen eine scharfe Grenze und werden nicht zulassen, daß der Motor des persönlichen Interesses aus der Wirtschaft ausgeschaltet wird. (Sehr richtig bei den Demokraten.) Der § 2 öffnet die Tür für die Sozialisierung so weit, daß

das ganze Sozialprogramm dadurch einmündiger werden kann. (Sehr richtig bei den Soz.) Da wir keine Sozialisten sind, können wir diesen Bestimmungen nicht zustimmen. Wenn wir trotzdem daran das Gesetz nicht scheitern lassen wollen, so leitet uns dabei die Erwägung, daß zur Sozialisierung in jedem einzelnen Falle ein besonderes Gesetz notwendig ist. Unsere Fraktion stimmt dem Gesetz als ganzem zu. (Sehr. Beifall bei den Dem.)

Abg. Seidl (D. Sp.): Man könnte dem Gesetz die Überschrift geben „Ein Ausblick in den Zukunftsstaat“. Die Regierung hat uns noch immer keine deutliche Aufklärung darüber gegeben, was sie eigentlich unter „Sozialisierung“ versteht, die Reichssozialisten aber verstehen darunter Kommunisierung. Viele Reichssozialisten gehen in dieser Frage einig mit der äußersten Linken, nur wagen sie das nicht offen auszusprechen. (Sehr gut bei den Unabh.) Eigenartig berührt es, wenn die Unabhängigen hier die Notwendigkeit betonen, das soziale Gleichgewicht wiederherzustellen. Diese Gleichgewichtler der Sozialisten sollten doch nach Lichtenberg gehen und dort das soziale Gleichgewicht wiederherstellen. (Sehr gut rechts.) Wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Art der Sozialisierung als im tiefsten Grunde unsozial ab. (Sehr. Beifall rechts.)

Inzwischen sind folgende

Abänderungsanträge

eingegangen.

Die Abg. Arnkadi (D. Sp.) und Genossen beantragen für § 2 folgende Fassung: „Für eine Verstaatlichung geeigneter wirtschaftlicher Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften — gegen angemessene Entschädigung — in Gemeinwirtschaft überzuführen, ist Sache der Reichsgesetzgebung.“ Dieser Antrag führt also im Gegensatz zur Regierungsvorlage die Entschädigungspflicht des Reiches ein und streicht die Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wollen dieselben Abgeordneten in einem Euentualantrage auch den Betrieb (nicht die Herstellung) und die Verteilung der in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gewonnenen Erzeugnisse im Interesse der Gesamtheit regeln lassen.

Die Abg. Dr. Kieker und Vogler (D. Sp.) beantragen die Fassung, daß erstens geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen und die Ausnutzung von Naturkräften für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft nutzbar gemacht werden können, und daß zweitens im Falle dringenden Bedürfnisses und — solange ein dringendes Bedürfnis vorliegt — die Verteilung (also nicht auch die Herstellung) geeigneter wirtschaftlicher Güter zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände geregelt werden kann.

Abg. Furlong (Z.): Gegen § 1 haben wir keine Bedenken mehr, nachdem die ständige Pflicht zur Arbeit mit der Rücksicht auf die persönliche Freiheit eingeschränkt ist. In § 2 bemerke ich, daß meine Partei davon selbst, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung statifindet. Die Anträge zu 1 und 2 sind für uns unannehmbar. Dem Emporstreben der Arbeiter wollen wir zu Hilfe kommen.

Abg. Dr. Gahn (Unabh. Soz.):

Siehe ich wird ein künstlicher Geschichtsschreiber dieses Gesetz eine Verstaatlichung nennen, aber die sozialistische Arbeit hat sich, wenn sie bestanden hat, nicht in die sozialistische Zeit umsetzen können. Die politische Koalition hat zu einer Entartung geführt. Man hat uns mit dem

Lichtenberger Vorkäufen

in Verbindung gebracht. Wir lehnen die Verantwortung dafür ab. Aber alle diese Redereien über Maßnahmen der Sozialisten sind tendenziös übertrieben. In § 1 des Gesetzes möchten wir das Wort „ständige Pflicht zur Arbeit“ ersetzt wissen durch „soziale Pflicht“. Etwas sozialistischer Geist steht ja in dem § 2, aber wir glauben nicht an die Ausführung dieses Gedanken. Die Räte-Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiete wird kommen, dagegen mag man sich sperren wie man will, sie ist unausrottbar in das Bewußtsein der Menschen übergegangen. (Beifall bei den Unabh.)

Reichsheer oder Bundesheer.

Die bayerischen Reservate.

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wurde gestern ein heftiger Kampf um die bayerischen Reservate auf dem Gebiete des Heereswesens geführt, wobei die sozialdemokratischen Redner mit großer Entschiedenheit für das einheitliche Reichsheer eintraten, während die Vertreter der bayerischen Regierung (welche?) mit großer Hartnäckigkeit darauf bestanden, daß die bayerischen Reservate nicht ohne die Zustimmung Bayerns aufgehoben werden dürfen. Eine Abstimmung erfolgte noch nicht.

Von den Abg. Kuer und Genossen geht der Antrag ein, in § 2 die Worte: „Gegen angemessene Entschädigung“ zu streichen. Hierüber wird von den Abg. Kieker (D. Sp.) und Genossen namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Braun-Kürnberg (Soz.):

Die Schatzkammer als politische Ratgeber des General-Ludendorff haben den Krieg verlängert. Der Krieg hat auch den äußersten Pessimismus, der heute die Grundstimmung des deutschen Volkes ist, in den Massen erzeugt, und da kann keine Rede davon sein, die deutsche Volkswirtschaft beim alten zu lassen. Durch den Krieg ist die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Die Fische müßten auch die Unternehmungen bezahlen. Die Arbeiter haben genug Opfer gebracht. Die Arbeiter müssen Anteil an dem Gedeihen der Unternehmungen erhalten, damit sie wieder Freude am Wirt haben. Auch wir bezeichnen diesen Entschädigungsentwurf lediglich als ein Kompromißgesetz, und wir hätten ihn gern anders gefaßt. Der Ausdruck „ständige Pflicht“ ist nicht glücklich gewählt. Wir stimmen gern für den Antrag „soziale Pflicht“ zu. Der Staat bekommt hier die Verpflichtung, für die Erwerbslosen zu sorgen. Wir behalten uns unsere endgültige Stellungnahme vor, aber

den Entschädigungsanspruch lehnen wir ab.

Wir wollen ein neues Eigentumsrecht schaffen. Durch die Warenhäuser sind viele einzelne Kaufleute ohne jede Entschädigung verschwunden. Das Kohlenhandwerk hat viele Kohlenhändler und andere Unternehmungen ausgeschaltet, ohne jemals eine Entschädigungspflicht anzuerkennen. Wir sehen in dem Gesetz nur den Anfang zu größeren Taten, die unsere Wirtschaft einer besseren Zukunft entgegenzuführen werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Becker (D. Sp.): Heute haben alle Redner der Reichsheerpartei anerkannt, daß nicht sachliche, sondern politische Gründe das Sozialisierungsgesetz veranlaßt haben. Als wir das in der ersten Lesung behaupteten, sprach Ministerpräsident Scheidemann von der „Ehre“, so etwas zu behaupten. (Hört, hört rechts.) Wenn das Gesetz nur wirklich Ruhe und Ordnung bringen würde. Wir glauben nicht daran. Wir lehnen das Gesetz im unklaren. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Traub (D. Sp.): Die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen lehnen wir ab. Das Gesetz hat im wesentlichen einen agitatorischen Zweck. Diesen Sprung von einem gewissen Sozialismus zum Kommunismus machen wir nicht mit. (Sehr richtig! rechts.) Das vorliegende Gesetz ist kein Gesetz zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit, sondern zur Förderung der Arbeitslosigkeit. (Sehr richtig! rechts.)

Reichsstaatsminister Wissell:

Die Anträge des Herrn Traub und seiner Freunde gehen darauf hinaus: man darf wohl an den Grundlagen des Staats und der Wirtschaft rütteln, aber man muß den davon Betroffenen eine angemessene Entschädigung zahlen. (Sehr gut bei den Soz.) Wenn nach dem Antrag Kieker gewisse Unternehmungen für die Gesamtheit der Volkswirtschaft „nutzbar“ gemacht werden sollen, so liegt darin das Zugeständnis, daß es Unternehmungen gibt, die der gesamten Volkswirtschaft nicht dienlich sind. In unserer Zeit hat kein Privatunternehmen noch einen Anspruch darauf, Privatbetriebe zu machen, sobald das Wohl der Allgemeinheit fordert, daß es in ihren Besitz übergeführt wird. Nach § 4 der Regierungsvorlage soll die durch dieses Gesetz vorgezeichnete Sozialisierungsbefugnis ungesäumt durch besondere Reichsgesetze zur Ausnutzung von Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden. Die Kommission hat das Wort „ungesäumt“ gestrichen. Sie hat das nur getan, um jeden Schein zu vermeiden, als ob nun etwa von heute auf morgen gehandelt werden solle. Die Regierung fühlt die Verpflichtung, ungesäumt an die Durchführung des ihr mit Annahme des Gesetzes gewordenen Auftrages heranzugehen.

Auf Vorschlag des Präsidenten Lehndorff beschließt das Haus, heute nur die Diskussion über die Vorlage zu beenden, die Bestimmungen auf morgen zu veröffentlichen. Nach § 4 wird die Ausnutzung von Steinkohle, Braunkohle, Graphit, Koks, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Ein Antrag Dr. Kieker (D. Sp.) will die Energiequellen ausschließen, die zur Deckung des Eigenbedarfs der Werke erforderlich sind. Dasselbe will ein Antrag Arnkadi (D. Sp.). Ein Antrag Lagne (Unabh. Soz.) will das Wort „ungesäumt“ wieder einfügen. Ein Antrag Arnkadi (D. Sp.) will in einem § 4a Land- und forstwirtschaftlich benutzten Boden und seine Bewirtschaftung von der Sozialisierung ausschließen.

Abg. Schiele (D. Sp.) beginnt unter wachsender Unruhe mit einem Rückblick von den Reiten Diokletians an und wendet sich zum Schluß gegen die Bezeugungen des Reichsministers Schmidt. Er wird wiederholt zur Sache gerufen.

In § 5, der bestimmt, daß das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt, begründet

Abg. Kraus (D. Sp.) einen Antrag, das Inkrafttreten für die besetzten Gebiete während der Dauer der Besetzung auszusparen.

Abg. Duganberg (D. Sp.) begründet einen Antrag, dem Gesetz die Überschrift „Gemeinwirtschaftsgesetz“ zu geben. Wir folgen mit diesem Antrag in das offene Meer des Kommunismus hinein. Da ist es nur Ehrlich, diesen Kurs auch im Namen zum Ausdruck zu bringen.

Damit ist die zweite Beratung erledigt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schluß 8 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Das Kohlenwirtschaftsgesetz im Ausschuss angenommen.

Der Hauptausschuß der Nationalversammlung hat in einer Resolution vom Dienstag auf den Mittwoch das Kohlenwirtschaftsgesetz gegen die Stimmen der deutschnationalen Volkspartei angenommen. Gleichfalls angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, die Regierung zur baldigsten Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Tätigkeit der Betriebsräte, Betriebsbeiräte und eines Reichsarbeitsrats aufzufordern. Ein demokratischer Antrag, der bei Bildung der Betriebsräte die Gewerkschaften heranziehen will, fand gleichfalls Annahme.

Tschechische Märchen.

Bemäntelung der Morde in Deutschböhmen.

Berlin, 12. März. (Antich.) Der tschechoslowakische Minister des Innern und stellvertretende Ministerpräsident hat nach Wien telegraphisch, offensichtlich mit Beziehung auf die jüngsten Zusammenstöße zwischen Tschechen und Deutschböhmen, in der Nationalversammlung eine längere Erklärung verlesen, die sich u. a. mit einer angeblichen gegen die Sicherheit der tschechoslowakischen Republik angelegten Verschwörung befaßt und dabei die Behauptung aufstellt, die Angelegenheit des verhafteten Dr. Schwarz erbrachte den Beweis dafür, daß Tschechen dieser Verschwö-

zung auch nach Berlin führten. Ferner wird in der Erklärung behauptet, es habe der Plan eines tschechischen deutsch-magyarischen Einfalles in das Gebiet der Tschechoslowakei bestanden. Demgegenüber sei auf das Bestimmteste festgestellt:

1. Gegen die Sicherheit des tschechoslowakischen Staates ist von Berlin aus niemals etwas unternommen, noch sind etwaige Bestrebungen dieser Art irgendwie unterstützt worden. 2. In der sogenannten „groß angelegten Spionageaffäre Schwarz“ ist seitens der tschechoslowakischen Regierung trotz mehrfachen Ersuchens der deutschen Regierung das angebliche Belastungsmaterial bisher noch nicht zur Verfügung gestellt worden. Bis zum Beweise des Gegenteils durch die deutscherseits amtlich angeforderte Unterstützung muß auch entschieden bestritten werden, daß Dr. Schwarz gegen die Sicherheit des tschechoslowakischen Staates gearbeitet hätte. 3. Die Kombination eines geplanten deutsch-magyarischen Einfalls in tschechoslowakisches Gebiet muß schon im Hinblick auf die militärische und allgemeine Lage des Deutschen Reiches als Phantastiegebilde bezeichnet werden. Im übrigen hat die deutsche Regierung wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie mit der tschechoslowakischen Republik freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten wünscht.

Regierungskrise in der Tschechoslowakei.

Die Sozialdemokraten für Versammlungsfreiheit.

Prag, 12. März. (S. R.) Das tschechoslowakische Pressebureau meldet: In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung erklärte bei der Verhandlung über das Versammlungsgesetz ein sozialdemokratischer Abgeordneter namens des sozialdemokratischen Klubs, daß dieser sich an den Weiterverhandlungen nicht beteiligen könne, da eine Parlaments- und Regierungskrise ausgebrochen sei, die durch den letzten Beschluß des Verfassungsausschusses über das Versammlungsgesetz hervorgerufen wurde. Es war nämlich entgegen den Forderungen der Sozialdemokraten beschlossen worden, daß für jede Versammlung die bisherige Anmeldepflicht weiterbestehen solle. Der Redner beantragte Vertagung der Sitzung. Darauf entspann sich eine lange lebhafteste Debatte, worauf einstimmig beschlossen wurde, die Verhandlung so lange zu vertagen, bis die Parlaments- und Regierungskrise beseitigt sei.

Wie das Großkapital noch immer wirtschaftet.

Man schreibt uns:

Am 10. Februar d. J. gab die Reichs Metallschraubenfabrik A.-G. bekannt, daß sie ihren Aktionären für das verfloßene Geschäftsjahr 25 Proz. Dividende, also 250 M. pro Aktie von 1000 M. und außerdem einen Bonus von 500 M. Kriegsanleihe, also gleich 50 Proz. Dividende aus in früheren Jahren gestellten Rücklagen zur Ausschüttung bringen würde.

Die Aktionäre, die bei dieser Gesellschaft fälschlich Großkapitalisten und Banken sein werden, erhalten also 75 Proz. Dividende für das Geschäftsjahr 1918, das Jahr, in dem der Krieg verloren ging und der Zusammenbruch Deutschlands erfolgte.

Am 27. Februar wurde in der Presse die Fusion der Schultheiß-Brauerei mit der Pfefferberg-Brauerei angekündigt. Die Aktionäre der Pfefferberg-Brauerei erhalten für 4000 M. ihrer Aktien 8000 M. neue Schultheiß-Aktien, so daß nominal für 2,8 Millionen Mark Pfefferberg-Aktien 2,1 Millionen Mark Schultheiß-Aktien gegeben werden.

Reich: steuerpflichtiger Gewinngewinn mit 700000 Mark.

Am 27. Februar d. J. wurde in der Presse über den Verlauf der Generalversammlung der Rhein. Webstoffweberei A.-G. berichtet.

Der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft hat die von ihm beherrschte Generalversammlung beschließen lassen:

1. An Stelle der bisher dem Aufsichtsrat zuziehenden 10 Proz. Kontiende vom Reingewinn, werden an den Aufsichtsrat für jedes Mitglied eine feste Vergütung von 8000 M., an den Vorstehenden, den Drahtzieher der Versammlung, 12 000 M. gezahlt.

Zweck dieses Beschlusses: Umgehung der 20 Proz. Beitragenden Lantiemensteuer und Sicherstellung der Lantiemenbezüge gegenüber Forderungen der Arbeiter (siehe unter 3).

2. Die Gesellschaft übernimmt 500 Aktien eines nicht einmal genannten Textilunternehmens (laut also die Frage im End) zu einem Kurs von 365 Proz., also zum Gesamtbetrag von 2051 000 M., von einem ungenannten Konsortium, dem der Aufsichtsratsvorsitzende sicherlich sehr nahe steht, wahrscheinlich ist er mit diesem in irgend einer Form überhaupt identisch.

Gewinn bei dieser Transaktion für die Drahtzieher wahrscheinlich 1 1/2 Millionen Mark.

3. Um die Welt zu blenden, hat dann die Generalversammlung noch den Beschluß gefaßt:

Der nach Verteilung von 4 Proz. Dividende verbleibende Reingewinn wird zwischen Arbeiterschaft und Aktionäre geteilt.

Ein Gläubiger, dem die unter 1 und 2 dem Unternehmen aufgedrückten Belastungen, werden Abschreibungen notwendig machen, die Gewinne und Dividenden nicht mehr gelassen werden.

Am gleichen Tage, 27. 2. d. J., wurde mitgeteilt, daß die Kurzbauer hätte den Schwäbischer Bergwerksverein in sich aufzunehmen beabsichtigt. Da zwischen beiden Unternehmen bereits eine Interessengemeinschaft besteht, so ist das Geschäft sehr wahrscheinlich. Einzelheiten der Verschmelzung sind noch nicht bekannt.

Sicher ist aber ein Millionengewinn — und die bedauerliche Tatsache, daß ein deutsches Bergwerk in luxemburgischen (französischen) Besitz gerät, daß also deutsche Kohle dem deutschen Volk verloren geht.

Am 1. März d. J. berichtet die Waggonfabrik A.-G. vorm. Buss in Wagon, daß sie aus der letzten Kapitalerhöhung einen Betrag von 300 000 M. dem Reservefonds zugeführt hat.

Reich: steuerpflichtiger Großkapitalgewinn rund 300 000 Mark.

Diese Beispiele lassen sich fortlaufend und in jeder Weise vermehren, wobei besonders bezeichnend ist, daß trotz der schlechten und unklaren Wirtschaftslage die Geschäfte dieser Art, die in normalen Zeiten sich beträchtlich blühen, an der Tagesordnung sind.

Die Verschwendung des Verschleißes dieser Stellen, diese Gewinne, die zum Teil nur der Reichsteuereinnahme unterliegen, durch eine besondere Steuer zu fassen und es den Anteilhabenden und Aufsichtsräten unmöglich zu machen, Steuerhinterziehungen in verkappter Form zu treiben, sind unter den früheren Regierungen, ebensowohl — wie unter der jetzigen Regierung trotz wiederholter Bemühungen amtlich beiseite gelassen worden.

Der finanziellen Kriegsführung sind Milliarden entgangen. Der Sozialisierung der Vermögen im Sinne einer Verteilung der Arbeiterschaft am Reingewinn wird vorgebeugt.

